

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei  
Zugabeblatt  
General Nr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach  
Riesa 1554.  
Stroßasse  
Riesa Nr. 22.

Nr. 153.

Montag, 4. Juli 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Baden. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Kundgebotes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Geld-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Geld-Pfennige. Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Gewöhnlicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorläufig, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Kocher an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## „Abrüstungs“-Kompromiß.

Die neue Stimmung der Genfer Dreimächtekonferenz ist recht wichtig in ihr Gegenteil umgewandelt worden. Das man vor einigen Tagen noch schier für unmöglich hielt, ist eingetreten. England ist dem starken amerikanischen Druck gewichen. Das hat bereit erklärt, eine gründliche Revision seiner bekannten Vorschläge vorzunehmen, eine Revision, die zwar nicht die Gesamtheit des Vorschlages grundlegend abändern will, die aber doch in manchen Punkten ein Entgegenkommen zeigt, das den Amerikanern unter Umständen gestattet, ihre Bedenken fallen zu lassen. Interessanter als die Einzelheiten dieses Kompromisses selbst sind vielleicht die Begleitumstände, unter denen es zustande kam. Wie sich jetzt erst herausstellt, hat diese amerikanisch-englische Meinungsverschiedenheit in Genf den gesamten diplomatischen Apparat Washingtons und Londons in Bewegung gesetzt. Amerika begnügte sich nicht nur, durch seine Presse seine Abneigung gegen die englischen Vorschläge zu dokumentieren, es entschloß sich auch, wie jetzt erst bekannt wird, zu einem offiziellen Schritt in London selbst. Die Vorstellungen der amerikanischen Regierung in der Themisstadt waren unmissverständlich deutlich. Die Washingtoner Regierung ließ London nicht darüber im Zweifel, daß nach ihrer Ansicht die Genfer Konferenz, wenn auf der alten Basis weiter verhandelt werde, nicht mehr eine Abrüstung wäre, sondern die größte Ausfaltung, die jemals auf einer derartigen Konferenz beschlossen worden sei. Diese einmütige Stellungnahme Amerikas gegen das englische Projekt verfehlte nicht ihren Eindruck. Insofern wurde der englischen Regierung ein Nachgeben leichter gemacht, als Washington sich immerhin bereit erklärte, die Bildung einer technischen Kommission einzumilligen, die die strittigen Fragen der Beratung der Interessierten in den nächsten Tagen vorbereiten sollte, um sie dann auf der zweiten Washingtoner Revisions-Konferenz vorzubereiten zu können. Diese amerikanische Bereitwilligkeit machte London das Nachgeben etwas schmackhafter. Ueber das Kompromiß selbst sind die genauen Einzelheiten noch nicht bekannt gegeben worden. Immerhin scheint festzustehen, daß Amerika und England sich darüber geeinigt haben, den Text von Washington, der die damaligen fünf Mächte noch immer bindet, auch weiterhin in Kraft zu lassen. Die an der Zeit in Genf stattfindenden befristeten drei Mächte werden jedoch gemäß dem Kompromiß-Vorschlag in einer der nächsten Sitzungen der Konferenz ihre Bedenken an Groß-Britannien für die Zeit nach 1931 erklären. Das wären so im großen und ganzen die Gedankengänge des Kompromisses, dessen Einzelheiten jedoch einer längeren Aussprache in Genf vorbehalten bleiben. Nach der Stimmung, die augenblicklich in Genf herrscht, scheinen dem englischen Wunsch nach einer möglichst weitgehenden Festlegung der einzelnen Schiffsstufen keine allzu großen Schwierigkeiten mehr entgegenzusetzen. Ein Hauptgegenstand der Auseinandersetzungen dürfte die Gestaltung der U-Boots-Frage und besonders noch die endgültige Klassifizierung der Kreuzer und Zerstörer sein. Ueber trotz dieser Kompliziertheit der technischen Fragen und der Beharrlichkeit, mit der noch die einzelnen Delegationen auf ihrem Standpunkt bestehen, wird man keine falsche Prognose stellen, wenn man behauptet, daß die Genfer Drei-Mächte-Konferenz bereits ihren kritischsten Berg überschritten hat.

## Die Konferenz der Notenbanken.

Die gesamte amerikanische Presse bewertet die in diesen Tagen in Newport zusammengetretene Konferenz der Leiter der deutschen, der englischen, der amerikanischen und der französischen Notenbanken als eine der wichtigsten Ereignisse der letzten Jahre. Wenn auch der größte Teil der von den amerikanischen Journalisten aufgestellten Behauptungen als weit über das Ziel gezeichnet bezeichnet werden muß, so sind sie doch symptomatisch für das große Interesse, das man in Amerika allenthalben dieser Aussprache entgegenbringt. Immerhin ist es zweckmäßig, die übertriebenen Meinungen, die besonders die New Yorker "World" über den Inhalt der Aussprache bringt, der realen Wirklichkeit etwas näher zu rücken. Das Blatt glaubt, daß in dieser Konferenz der Notenbanken nicht nur die Frage einer Revision des Dames-Planes, sondern auch die Frage der Zurückziehung der französischen Truppen vom Rhein ernsthaft behandelt werden. Dabei die amerikanische Haltung die erkannte Tatsache zu verlinken weiß, daß England Deutschland in seinen Forderungen unterstützen werde, falls das Reich Großbritannien bei seiner Einkreisungspolitik gegen Rußland helfe. Diese Behauptungen der New Yorker Zeitung dürfen uns recht unwahrscheinlich. Unseres Wissens soll auf dieser unverbindlichen Aussprache der Notenbankleiter in der Hauptfrage das Problem des internationalen Geldmarktes und die Zusammenarbeit der Notenbanken einer näheren Prüfung unterzogen werden. Da die Forderung der französischen Währung selbstverständlich nicht unbeeinträchtigt von den deutsch-französischen Beziehungen bleiben kann, so ist es möglich, daß auch diese Gesichtspunkte in Erwägung gezogen werden. Mit der großen Politik selbst dürfte die Aussprache jedoch nichts zu tun haben.

## Von der Dreimächtekonferenz in Genf.

### Bertragung der Kreuzerfrage in Genf?

Washington. Die amerikanischen Vertreter auf der Dreimächte-Konferenz wurden angewiesen, sich gegen den britischen Vorschlag, die Kreuzertonnage auf 600 000 Tonnen festzusetzen, zu wehren. Der amerikanische Vorschlag sieht eine Tonnage von 800 000 Tonnen vor. Es verläutet, daß, wenn Großbritannien auf der Ziffer von 6 oder auf 500 000 Tonnen bestehen sollte, Gibson gezwungen sein würde, seine Bemerkungen für eine Verständigung in der Kreuzerfrage einzustellen. Gibson werde sich auch dann lediglich auf die Zerstörer- und Unterseebootsfrage beschränken und die Kreuzerfrage würde auf das Jahr 1931 verlagert werden. In diesem Jahre sollen nämlich die fünf Mächte des Washingtoner Abrüstungsabkommens zusammentreten, um die Bestimmungen des Abkommens einer Revision zu unterziehen. Man hofft, daß die britischen Delegierten die Konferenz nicht zum Scheitern bringen, sondern ein Kompromiß vorschlagen würden. Eine Reduktion der Tonnage auf 400 000 Tonnen würde, wie man glaubt, für die Vereinigten Staaten annehmbar sein.

### Amerikanische Blätterstimmen zur Dreimächtekonferenz.

Washington, 3. Juli. Die hiesige Presse blüht mit Begeisterung auf die Entwicklung der letzten Woche in Genf zurück. Die etwas gereizte Stimmung der ersten Tage hat einem versöhnlicheren Tone Platz gemacht, und mit Genugtuung wird immer wieder darauf hingewiesen, daß durch Bridgemans Bestimmung eines Antrages Amerikas auf Parität seiner Seemacht mit England die Luft gereinigt und eine Einigung ermöglicht wurde. "World" weist darauf hin, daß Amerika wahrscheinlich seinen Anspruch auf Parität praktisch gar nicht ausüben werde und lediglich sein Recht darauf behauptet haben würde. Auch "Washington Star" schreibt, daß Amerika im Interesse der Seewirtschaft nicht bis zur englischen Kreuzertonnage kommen werde, und daß Amerikas Hauptziel jetzt erreicht sei. "Newport Times" nimmt heute zum ersten Male zur Genfer Konferenz Stellung und erklärt im Gegensatz zu den genannten Blättern, England habe nicht nachgegeben, sondern lediglich ein Mißverständnis aufgeklärt. Dieser angebliche Erfolg Amerikas bringe die Vereinigten Staaten dem Ziele einer Verringerung der Rüstungen um keinen Schritt näher. Das große Problem bleibe noch wie vor bestehen, indem Amerika an seinem Vorschlag auf Verabreichung der Tonnage auf die Hälfte des englischen Vorschlages festhalte.

## Vorstandssitzung des Deutschen und Preussischen Städtetages.

Freiburg i. Br. In der am Sonnabend hier unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Völk-Perlin abgehaltenen Vorstandssitzung des Deutschen und Preussischen Städtetages, der aus allen Teilen des Reiches hier besucht ist, wurden u. a. aktuelle Probleme der Steuer- und Finanzverhältnisse besprochen und die grundsätzliche Stellungnahme zum Reichsschuldenplan geäußert. Im Verlaufe der Verhandlungen wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die Jurisdiktion der Städte bei der Zusammenfassung des endgültigen Reichswirtschaftsrates Stellung genommen wird.

Im Anschluß an die Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages führte Präsident Dr. Rulert vor den Vertretern der süddeutschen Presse u. a. aus: Bei der Beurteilung der kommunalen Aufgabenwirtschaft wird im Auslande vielfach übersehen, daß unsere Gemeinden eine Reihe von Aufgaben übernehmen müssen, die in kapitalreichen Ländern entweder gar nicht entstehen oder dort von privater Wohlfahrtsorgane erfüllt werden können. Es ist in dieser Beziehung schlechterdings nicht möglich, die Verhältnisse des Deutschen Reiches, das 22 Millionen Steuerschuldner hat, mit denen Amerikas zu vergleichen, das infolge seines Reichtums alle Einkommen unter 6000 Mark freilassen kann.

Besondere Aufwendungen müssen die Gemeinden machen, um allmählich die gesundheitlichen Schäden an Überwinden, die durch die Hungerplage des Krieges in der deutschen Bevölkerung entstanden sind.

Die durch den Krieg verursachte Wohnungsnot wirkt sich ganz besonders in den großen Städten aus. Trotz der Wohnungsbelastung hält der Zugang nach den großen Städten an. Es wird leichter möglich sein, die zweiten und dritten Bauernhöfe und die Landarbeiter durch Steigerung der ländlichen Scholle festzuhalten, als die nach der Stadt eingewanderte Bevölkerung wieder auf das Land zurückzuführen. Durch finanzielle Ausbesserung der Städte kann das Problem des Landbaus nicht gelöst werden! Der Deutsche Städtetag wendet sich gegen jede weitere Einschränkung der häußlichen Wohnungsbauweise durch Bildung neuer Ausgleichsfonds.

Der Erweiterung des kommunalen Aufgabentranges steht eine starke Einschränkung der finanziellen Bewegungsfreiheit gegenüber. Die ersten Ergebnisse der Reichsfinanzpolitik erhärten den Beweis in der Denkschrift des Deutschen Städtetages geteilter Nachweis, daß der Steuerbedarf der Städte gemessen an dem Bedarf der beiden anderen Hauptsteuergläubiger (Reich und Länder) am wenigsten geringfügig ist. Eine völlige Verschiebung der Anteilsverhältnisse am Steueraufkommen ist eingetreten. Das Reich war früher an der Einkommensteuer überhaupt nicht beteiligt. Die Einkommensteuer war ausschließlich den Ländern und Gemeinden überlassen. Jetzt hat sich das Reich mit 17,1 v. H. eingeschoben, um seine Kriegseinkünfte erfüllen zu können; die Länder konnten ihren Anteil erhöhen; die Gemeinden haben dagegen von ihrer früheren Beteiligung (56,4 v. H.) außerordentlich eingebüßt (37,7 v. H.).

Der letzte Finanzanleihe hat die Stellung der Gemeinden dem Reich gegenüber weiter verschlechtert. So bedeutsam an sich der Gedanke der Steuervereinfachung ist, so nachdrücklich muß darauf hingewiesen werden, daß mit dieser Vereinfachung nicht gleichzeitig eine erneute zwangsweise und schematische Senkung der gemeindlichen Einnahmen verbunden werden darf. Eine weitere Schwächung der Einnahmegerbarung der Gemeinden ist umso weniger erträglich, als die vom Reich angekündigte Besoldungsaktion sich selbstverständlich auch auf die Gemeinden auswirken wird. Sollte das Reich es ablehnen, hierfür den Gemeinden besondere Einnahmequellen zur Verfügung zu stellen, so

würde letzten Endes eine erneute Verschlebung des Finanzanleihe zu Ungunsten der Gemeinden erreicht.

Die deutschen Städte sehen sich in der Beurteilung ihrer berechtigten Interessen heute vielfach durch eine übertriebene Einstellung mancher Behörden gehemmt. Die Zurücksetzung, welche die häußlichen Belange durch die in der Regierungsverordnung vorgesehene Verminderung der Zahl ihrer bisherigen Sitze im Reichswirtschaftsrat erfahren sollen, zeigt augenfällig, wie wenig man die Bedeutung der Städte für das gesamte Wirtschaftsleben erkennt. Die Frage hat aber auch eine außerordentliche staatspolitische Bedeutung. Die Reichsregierung regelt die wichtigsten kommunalen Fragen (z. B. Steuern, Fürsorge, Aufwertung usw.), auf der anderen Seite ist den Gemeinden bei der letzten Verwaltungsorganisation keinerlei Möglichkeit gegeben, ihre Interessen bei diesen Fragen in ausreichender staatsrechtlicher Form wahrzunehmen. Es mag manchen Stellen beuam erscheinen, daß Land gegen die Städte anzuhalten, aber Stadt und Land sind aufeinander angewiesen. Eine verantwortungsbewusste Staatspolitik wird sich um die Interessen der Interessierten auch in der Ausgestaltung unseres Verfassungslebens Rechnung zu tragen.

## Von der Seeabrüstungskonferenz.

Genf. Zur Sitzung des Expertenkomitees der Seeabrüstungskonferenz vom Sonnabend vernimmt man noch, daß die getroffene vorläufige Einigung betreffend die Charakteristiken der Unterseeboote nur gewisse Punkte von untergeordneter Bedeutung betraf. Ueber die wichtigsten Punkte konnten sich die Vertreter noch nicht einigen. Besonders besteht noch eine Meinungsverschiedenheit zwischen Großbritannien, das die Tonnage der Unterseeboote in zwei Kategorien von 600 Tonnen und 1600 Tonnen trennen will, und den Vereinigten Staaten und Japan andererseits, die diese Unterscheidung nicht anerkennen wollen. Die Frage wurde auf eine spätere Tagung verschoben.

## Kriegsverwundete und Frontkämpfer.

Genf. Am Sonnabend tagte in Genf das Internationale Komitee der Kriegsverwundeten und früheren Frontkämpfer. Es hat beschlossen, daß die 3. Internationale Konferenz der Kriegsverwundeten und ehemaligen Frontkämpfer am 25. September 1927 in Wien stattfinden soll.

## Seine Rücktrittsdrohung des Reichsministers Schiele.

Berlin. Die Meldung eines Berliner Mittagsblattes, wonach Reichslandwirtschaftsminister Schiele im Zusammenhange mit der Ablehnung der Vollerhöhungen für Kartoffeln und Zucker durch den Reichsrat mit seinem Rücktritt gedroht habe, trifft, wie verlautet, nicht zu. Wie es in der täglichen Rundschau heißt, liegt nicht der geringste Grund vor, von einer Unstimmigkeit innerhalb der Koalition zu sprechen, die auch nicht nach einem neuen Kompromiß suche. Die Regierung beharrt auf ihrer Vorlage, und die Regierungskoalition werde ihr dabei zustimmen. Das Blatt beglückwünscht die Hoffnung, daß die Vermittlung, die durch den Beschluß des Reichsrats entstanden ist, sich wieder lösen werde und trägt sich dabei auf die Annahme, daß tatsächlich der Vertreter des Landes Sachsen im Reichsrat infolge der Neubildung der sächsischen Regierung (das sächsische Wirtschaftsministerium befindet sich jetzt in deutschen Händen) mit neuen Inkarnationen versehen werde, so daß die Tarifvorlage der Reichsregierung doch noch eine Mehrheit im Reichsrat erhalten werde.